

/// Einführung

BRAUCHT DEUTSCHLAND ATOMWAFFEN?

REINHARD MEIER-WALSER /// Entgegen vielfach geäußerter Hoffnungen, dass dem Zeitalter der Ost-West-Konfrontation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes eine neue, konfliktärmere Weltordnung im Sinne von Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ folgen würde, war und ist die internationale Politik auch nach dem Ende des Kalten Krieges von Bedrohungen der internationalen Sicherheitslage geprägt.

Aus der Perspektive der Staaten des demokratischen europäischen Westens verschärfte sich die Situation in den vergangenen Jahren durch multiple Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten sowie durch die dramatische Verschlechterung des Verhältnisses zu Moskau im Zuge der Ukraine-Krise zusätzlich. In dieser bedrohlichen Situation wird überdies der Zusammenhalt der NATO, die jahrzehntelang gewissermaßen das „obligatorische“ Verteidigungsinstrument der Atlantischen Gemeinschaft war, durch US-Präsident Donald Trump geschwächt. Trump hatte die NATO bereits im Präsidentschaftswahlkampf 2016 als „obsolet“ bezeichnet und später mehrfach Zweifel an Washingtons Bündnisgarantien gegenüber den atlantischen Partnern der USA geweckt.

Vor diesem Hintergrund, in dem auch der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union eine signifikante Rolle spielt, flammte in

jüngerer Zeit in der Diskussion um die Sicherheit Europas die Frage auf, ob nicht auch die Bundesrepublik Deutschland, die im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich über keine Kernwaffen verfügt, aus sicherheits- und verteidigungspolitischen Gründen erwägen solle, Atommacht zu werden.

Angesichts der instabilen internationalen Sicherheitslage steht das Thema einer **DEUTSCHEN** Atomaufrüstung wieder zur Diskussion.

Angestoßen wurde die Debatte durch den an der University of Winchester forschenden und lehrenden Po-



Quelle: ronstik/fotolia.com

Abschrecken mit nuklearer Aufrüstung oder weiter auf den Dialog setzen? Die Diskussion um Deutschland als Atommacht ist angesichts der internationalen Entwicklungen wieder im Gange.

litikwissenschaftler und Strategieexperten Maximilian Terhalle, der im Berliner „Tagesspiegel“ bereits im Januar 2017 unumwunden gefordert hatte: „Deutschland braucht Atomwaffen“. Es entwickelte sich eine lebhafteste, facettenreiche und kontroverse Diskussion, in der neben der sowohl rechtlich als auch politisch heftig umstrittenen Frage einer nuklearen Waffenoption der Bundesrepublik Deutschland auch weitergehende Fragen wie Aspekte einer nuklearen Teilhabe Berlins in einem multilateralen europäischen Projekt erwogen wurden.

Wir haben zwei der prominentesten Experten, die in dieser intellektuellen Debatte die Klingen kreuzten, eingela-

den, ihre jeweilige Position im Forum der Politischen Studien vor- und zur Diskussion zu stellen: Professor Christian Hacke, der angesichts der bündnispolitischen Kurskorrektur Donald Trumps davon ausgeht, dass die Bundesrepublik Deutschland „erstmal seit 1949 ohne nuklearen Schutzschirm der USA“ auskommen muss. Da gemäß De Gaulles Maxime, dass nukleare Gewalt „schlecht zu teilen“ sei, eine gemeinschaftliche europäische Nuklearstreitmacht nicht realisiert werden könne, müsse die „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz) einen sicherheitspolitischen Neubeginn wagen. Dies sei, so Hacke, auch im Sinne der Partner Berlins, zumal eine „neue demokrati-

sche Nuklearmacht Deutschland die Sicherheit des Westens stärken“ würde.

Professor Joachim Krause entgegnet, sowohl rechtliche als auch strategische und politische Gründe sprächen gegen die Idee einer deutschen Kernwaffenrüstung. Deutschland, das sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag dazu verpflichtet habe, keine Kernwaffen zu beschaffen oder zu besitzen, würde sich im Falle eines Verstoßes gegen diese Regelung innerhalb des demokratischen Westens isolieren und die NATO zerstören. Gleichzeitig würde Berlin militärische Kommandounternehmen oder punktgenaue Luftangriffe Russlands zur Zerstörung der im Aufbau befindlichen deutschen Kernwaffenkapazität provozieren, wobei dann „kein Bündnispartner seine Hand für Deutschland rühren“ würde.

Ungeachtet dieser fundamentalen Kritik attestiert Krause dem „Weckruf“ Hackes sicherheitspolitische Berechtigung und Notwendigkeit insofern, als die weitreichenden und tiefgreifenden Veränderungen der internationalen Sicherheitslage Anpassungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erforderten, die im Rahmen einer „strate-

gischen Debatte“ vorab erörtert werden müssten. Diese Debatte, so Krause, dürfe nukleare Fragen nicht ausklammern, sie müsse aber insgesamt „breiter und komplexer angelegt“ sein. ///



**/// PROF. DR. REINHARD
MEIER-WALSER**

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der Politischen Studien, Hanns-Seidel-Stiftung, München.